

## Lokales

### Unruhe bei 700 Bonnern im Tulpenfeld

**Bonn.** (kf) Noch keine Panik, aber Unruhe herrscht unter den 700 Mitarbeitern im Tulpenfeld, die ihre Schreibtische beim Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und dem Stipendienprogramm InWent haben. Wo werden sie bei einer Neuorganisation der Entwicklungshilfe-Organisationen unter dem Dach der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) künftig arbeiten? Die GTZ sitzt in Eschborn bei Frankfurt.

Nachdem deren Chef Bernd Eisenblätter für Eschborn als künftigen Hauptsitz trommelte und selbst NRW-Minister Armin Laschet (CDU) den Standort in Hessen in einem Interview mit dem Dorradio unterstützte, lediglich einen zweiten GTZ-Sitz in Bonn sieht, kommt Widerspruch von Bonner Bundestagsabgeordneten.

Ulrich Kelber (SPD), Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU), Katja Dörner (Grüne) und Paul Schäfer (Linke) fordern, den GTZ-Hauptsitz inklusive eines Vorstandsvorsitzes der neuen Entwicklungsagentur Schwerpunkt in Bonn anzusiedeln.

"Damit würde auch dem Bonn-Berlin-Gesetz verstärkt Rechnung getragen, das eine komplette Zusammenführung der staatlichen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit in Bonn vorsieht", erklärten sie am Donnerstag in einer gemeinsamen Pressemitteilung. "DED und InWent unter dem Dach der GTZ zu bündeln, lehnen wir ab." Statt dessen solle aus den drei Organisationen eine neue entstehen - in Bonn.

Wichtig sei, so heißt es weiter, eine Zusammenführung der Institutionen "auf Augenhöhe" und eine enge Einbindung der Mitarbeiter. "Dem gegeneinander Ausspielen von Arbeitsplätzen bei den Entwicklungshilfeorganisationen und der in Bonn ansässigen und ebenfalls im Umstrukturierungsprozess befindlichen BaFin erteilen wir eine klare Absage."

Die Rechtslage ist dabei eindeutig. Im Bonn/Berlin-Gesetz ist Bonn als Standort für die deutsche Entwicklungspolitik festgeschrieben. Bereits in Artikel eins zum Zweck des Gesetzes werden Erhalt und Förderung der politischen Funktionen in Bonn genannt, darunter fallen neben der Entwicklungspolitik auch die internationalen Einrichtungen. Die Argumente von Kelber & Co. ziehen umso mehr, als Bonn auch Sitz der Vereinten Nationen und vieler Nicht-Regierungsorganisationen ist.

Artikel vom 19.03.2010

Artikel bookmarken bei... 



General-Anzeiger Abo-Bestellung